

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Wie eine SPD-geführte Bundesregierung den mittelständischen Unternehmen auf die Beine helfen will, erläutert **Prof. Dr. Uwe Jens MdB.**

Seite 1

Über die Bedenken der EU-Kommission gegenüber den Werkvertragsabkommen der Bundesregierung mit den Staaten Mittel- und Osteuropas berichtet **Hans Büttner MdB.**

Seite 2

Das V. US-Korps verläßt Hessen. Dank für den Beitrag der amerikanischen Streitkräfte beim Aufbau der deutschen Demokratie sagt Ministerpräsident **Hans Eichel.**

Seite 3

Gedanken über die Krise des Journalismus und die Verantwortung der Medien in der Gesellschaft macht sich **Rudolf Müller MdB.**

Seite 4

49. Jahrgang / 197

13. Oktober 1994

Rexrodts Blutspur

Dramatische Pleitewelle beweist Versagen Rexrodts gegenüber dem Mittelstand

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die von Creditreform und vom Institut der deutschen Wirtschaft festgestellte dramatische Pleitewelle bei mittelständischen Unternehmen ist der schlimmste Beweis für das Versagen des Bundeswirtschaftsministers. Besorgniserregend ist vor allem auch der vom Institut der deutschen Wirtschaft konstatierte Insolvenzrekord in der mittelständischen Metall- und Elektroindustrie, zwei für die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutsame Industriezweige. Denn eine gesunde mittelständische Zulieferindustrie im Metall- und Elektrobereich sichert hunderttausende von Arbeitsplätzen und ist ein wichtiger Standortvorteil Deutschlands.

Wenn mit über 25.000 Pleiten im angeblichen Konjunkturaufschwung in Westdeutschland über 18 Prozent und in Ostdeutschland über 76 Prozent kleine und mittlere Betriebe mehr absterben als im Rezessionsjahr 1993, kann die Wirtschaftspolitik nicht stimmen. Das dramatische Massensterben der kleinen und mittleren Betriebe in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen ist die schlimmste Blutspur einer Wirtschaftspolitik, die nur auf den Export und die Großkonzerne setzt, die Inlandskonjunktur vernachlässigt, die Konzentration fördert und den Mittelstand drangsaliert, wie beim Rabattgesetz. Noch nie hat ein Bundeswirtschaftsminister eine solche Blutspur bei mittelständischen Unternehmen hinterlassen, wie Rexrodt. Wo bleibt zum Beispiel die klare Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministers zur anstehenden Großfusion von Holzmann und Hochtief, die eine ernste Bedrohung für die mittelständischen Bauindustrie darstellt? Wo bleiben seine Vorschläge zur Stärkung der Binnenkonjunktur, die der Nährboden des Mittelstandes in der Wirtschaft ist?

Um die Pleitewelle zu stoppen und die wirtschaftlichen Bedingungen für mittelständische Unternehmen zu verbessern, wird eine SPD-geführte Bundesregierung

- erstens die gerade für die mittelständischen Unternehmen so wichtige Inlandskonjunktur in Schwung bringen, indem private und öffentliche Investitionen gestärkt und die Realeinkommen sowie Massenkaukraft von Arbeitnehmern und Verbrauchern gesichert werden;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwirklichte Umweltschutz
mit wertvollen Recycling-
Materialien



- zweitens die Konzentration wirksam bekämpfen;
- drittens die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Betriebe verbessern, indem nicht entnommene und reinvestierte Gewinne steuerlich begünstigt, ein Konkursausfallfonds errichtet und weitere Wettbewerbs erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen und Selbständige eingeführt werden.

(-/13. Oktober 1994/hgs/ks)

**Regierungsamtliche Lohndrückerei ist kein Beitrag für Europa
Europäische Kommission äußert erhebliche Bedenken gegen Werkverträge**

Von Hans Büttner MdB

Weil die Werksvertragsabkommen, die die Bundesregierung mit den Mittel- und Osteuropäischen Reformstaaten geschlossen hat, ausschließlich "zum Vorteil der deutschen Unternehmen Anwendung finden" bezweifelt die EU die Zulässigkeit der Abkommen nach europäischem Recht. Dies geht aus einem ersten Zwischenbescheid hervor, den die Generaldirektion 1 auf meine diesbezügliche Anfrage vom April 1994 jetzt erteilt hat. Zwar werde meine Anfrage weiter geprüft, heißt es in dem Bescheid, doch "nach den bisherigen Ermittlungen scheint es den Kommissionsdienststellen, daß die aktuelle Werkvertragspraxis der Bundesregierung dem europäischen Recht nicht widerspricht. Gleichzeitig ist allerdings festzustellen, daß diese Abkommen ausschließlich zum Vorteil der deutschen Unternehmen Anwendung finden. Dieser besondere Aspekt, das heißt die Wettbewerbsverfälschung zu Ungunsten von Unternehmen anderer Mitgliedstaaten, gibt bereits jetzt Anlaß zu erheblichen Bedenken bezüglich der gemeinschaftsrechtlichen Zulässigkeit der Werkverträge", teilt die Kommission jetzt mit.

Im Klartext heißt dies: Die Werkvertragsabkommen erlauben ausschließlich deutschen Unternehmen die Beschäftigung von nicht EG-Bürgern zu Dumpinglöhnen. Und dies wiederum ist eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber den übrigen EU-Unternehmen, was nach dem Vertrag von Maastricht nicht zulässig ist. Die Rechtsinterpretationen der EU deuten darauf hin, daß man von der Bundesregierung verlangen wird, künftig auch nichtdeutschen EU-Firmen Kontingente aus den Werkvertragsabkommen zuzubilligen. Damit wäre dann zwar dem Europarecht genüge getan, die staatlich ausgelöste Lohndrückerei würde damit aber noch erheblich verschärft. Die Bundesregierung sollte Überlegungen der EU zum Anlaß nehmen, die Abkommen unverzüglich zu kündigen und noch während ihrer Präsidentschaft die längst überfällige Entsenderichtlinie von den EU-Gremien verabschieden lassen. Regierungsamtliche Lohndrückerei ist jedenfalls kein Beitrag, um die Bürger für den europäischen Einigungsprozeß zu gewinnen.

Ein Neuanfang ist dringender denn je:

- Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik - in erster Linie die Mittel für ABM und FuU-Maßnahmen - müssen im Westen mindestens wieder das Niveau von 1991 erreichen.
- Mittlerweile zerstörte Trägerstrukturen müssen wieder aufgebaut werden, die notwendige Planungssicherheit und Kontinuität für die Träger ist wieder herzustellen.
- Gefordert wird auch die Entwicklung und Förderung neuer Arbeitszeitmodelle im Sinne einer beschäftigungsorientierten Arbeitszeitgestaltung sowie
- der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen.

Nur ein politisch abgestimmtes Konzept unterschiedlicher Politikfelder kann einen wirksamen Arbeitsmarkteffekt erzielen.

(-/13. Oktober 1994/hgs/ks)

Good bey V. Korps der US-Army

Die amerikanischen Streitkräfte haben großen Anteil am Aufbau der deutschen Demokratie

**Von Hans Eichel
Ministerpräsident von Hessen**

Nach 43jähriger Stationierung in Frankfurt verläßt das V. US-Korps Hessen, um nach Heidelberg umzuziehen. Es ist also an der Zeit, die Ereignisse dieser Jahre Revue passieren zu lassen und uns der Rolle zu entsinnen, die die Vereinigten Staaten von Amerika in unserer Geschichte gespielt haben.

Wir werden nicht vergessen, daß es die Alliierten waren, die Deutschland vom Nationalsozialismus befreit haben und die unserem Land die Demokratie gebracht haben. Der Widerstandskraft Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA und der vielen kleinen Länder, die auf Seiten der Alliierten gekämpft haben, verdanken wir das Ende der Diktatur, verdanken wir den Aufbau der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft mit ihrem beispiellosen Wohlstand für weite Teile unserer Bevölkerung. Das heutige Land Hessen geht sogar auf eine amerikanische Gründung zurück. Mit der Proklamation Nummer 2 vom 19. September 1945 bildete der damalige Oberste Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Dwight D. Eisenhower, das Land Groß-Hessen.

Vor dem Inkrafttreten der demokratischen hessischen Verfassung am 1. Dezember 1946 ist dies die eine Geburtsstunde unseres Landes. Alle Staaten, die gegen das nationalsozialistische Deutschland gekämpft haben, haben große Opfer gebracht. Das gilt in besonders großem Maße für die Staaten, die von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges besetzt wurden. Ich nenne stellvertretend für die vielen vom Krieg heimgesuchten Staaten Polen, Frankreich und die Sowjetunion. Aber auch die Staaten, die unbesetzt geblieben sind, wie Großbritannien und die USA, hatten einen großen Blutzoll zu entrichten. Wenn wir uns heute vom V. US-Korps verabschieden, dann ist dies auch die Zeit, der Opfer zu gedenken.

In den Jahren nach der Gründung der deutschen Länder und nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich Deutschland zu einem gleichberechtigten Partner in der demokratischen Staatengemeinschaft. Gemeinsam ist es uns in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, den Frieden in Europa zu bewahren und eine neue globale Auseinandersetzung zu verhindern. Dies ist uns nicht zuletzt durch die glaubwürdig bekundete Entschlossenheit zur Verteidigung gelungen. Die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Europa hat hieran einen entscheidenden Anteil. Gerade das V. Korps ist im Grunde ein europäisches Korps, auch wenn es 1919 und dann noch einmal nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1951 in die USA zurückverlegt wurde.

Das V. Korps ist in seiner Geschichte von vielen bedeutenden militärischen Persönlichkeiten geführt worden. Stellvertretend für sie alle nenne ich Colin L. Powell, George A. Jouliwan, David M. Maddox und den jetzigen Kommandanten, Jerry R. Rutherford. Aber ich möchte nicht nur an die vielen bedeutenden Offiziere des V. Korps erinnern, sondern auch an wenigstens einen Gefreiten, der in diesem Korps gedient hat und der das Lebensgefühl einer ganzen Generation nicht nur in Deutschland mitbeeinflußt hat. Ich meine Elvis Presley, der im hessischen Friedberg stationiert war.

Mit der amerikanischen Armee ist auch eine andere Lebensweise nach Deutschland gekommen. Unser Blick hat sich geweitet, die Freiheit nahm zu und viele persönliche Beziehungen über den Atlantik hinweg wurden geknüpft. Ich bin zuversichtlich, daß die enge Freundschaft zwischen Deutschen und Amerikanern trotz der Heimkehr vieler amerikanischer Soldatenfamilien weiter bestehen wird. Mehr als 10.000 amerikanische Soldatinnen und Soldaten werden in Hessen bleiben. Sie werden diese Tradition fortsetzen. Nicht zuletzt möchte ich schließlich daran erinnern, daß die Soldatinnen und Soldaten des V. Korps immer wieder auch bei zivilen

Katastrophen Hilfe geleistet haben. Beispielhaft nenne ich den selbstlosen Einsatz bei dem schweren Eisenbahnunglück 1990 in Rüsselsheim.

Das V. Korps verläßt jetzt Hessen. Ich möchte deshalb heute an die Opfer erinnern, die dieses Korps im Zweiten Weltkrieg bei der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus gebracht hat. Diese Opfer werden immer einen Platz in unserem Gedächtnis und in unseren Herzen haben. Ich danke dem Korps für alle seine Leistungen, die seine Angehörigen in den vergangenen Jahrzehnten erbracht haben. Die Soldatinnen und Soldaten des Korps haben großartiges geleistet. Sie werden unsere Freunde bleiben.

Wegen seiner Verdienste verleihe ich dem V. US-Korps ein Fahnenband.

(-/13. Oktober 1994/hgs/fr)

Krise des Journalismus?

Auch die Medien müssen ihre Verantwortung in der Gesellschaft ernst nehmen

Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB

Ein neues Buch befaßt sich mit der Lage der "vierten Gewalt". In einem Beitrag, der von der ZEIT vorab gedruckt wurde, heißt es: "Wie sehr der Journalismus erodiert, zeigt die Diskussion über die Erosion des Journalismus. Es gibt sie nicht." Beklagt wird, "daß der Journalismus dabei ist, vollends zur Unterabteilung der Unterhaltungsindustrie abzuschmieren..." Dazu gehört leider inzwischen auch ein Teil der Berichterstattung über die Politik.

Wenn man so etwas liest, fallen einem die Diskussionen ein, die Anfang des Jahres über die Pläne zur Änderung des Presserechts geführt und bei der den Politikern heftige Vorwürfe gemacht wurden. Es mag durchaus sein, daß einige Politiker im Hinterkopf hatten, sich mit Hilfe neuer Paragraphen besser vor unangenehmer Kritik schützen zu können. Tatsache ist aber auch, daß sich viele ernsthafte Gedanken über Entwicklungen in den Medien machen, die eines Tages unserer Demokratie schaden müssen. Noch so hehre und richtige Grundsätze wie der, daß wir eine freie Presse brauchen, werden ins Gegenteil verkehrt, wenn diese Freiheit dazu mißbraucht wird, ihre eigenen Grundlagen zu schädigen. Dazu gehören zum Beispiel das Untergraben der sogenannten, aber gerade für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen unverzichtbaren "Sekundärtugenden" oder die indirekte Förderung der Gewalt. Medien, denen jede Geschmacklosigkeit und halbe oder sogar ganze Lügen und Verleumdungen recht sind, um Geld zu verdienen, haben wenig Anlaß, die Politiker zu schelten, die für alles, was sie verbocken, dafür spätestens bei den Wahlen den Kopf hinhalten müssen. Und daß man auch dadurch lügen kann, daß man notwendigerweise zur Wahrheit gehörende Gesichtspunkte wegläßt, ist zwar bekannt, aber für die meisten Bürger unseres Landes kaum auszugleichen. Wer kann schon praktisch eine Vielzahl unterschiedlicher, auch politisch unterschiedlich ausgerichteter Medien zur Information nutzen. Insofern sind viele Vorwürfe an die Politiker reine Heuchelei.

Auch Medien, die unsere Demokratie stützen wollen, sollten bedenken, daß eine bloß abstrakte Moral, den Lesern oder Hörern um die Ohren gehauen, oft gerade das Gegenteil bewirkt, weil sich praktische Probleme mit Moralpredigten allein nicht lösen lassen. Ein Beispiel dafür war die Asyldebatte. Dazu hat Rolf Winter in seinem Buch über die politische Kultur der Bundesrepublik das Notwendige geschrieben. Oft zum Beispiel besorgen gerade diejenigen, die schnell mit dem Vorwurf des Faschismus zur Hand sind, die Geschäfte der Rechtsradikalen (und einige von ihnen nutzen dann deren Stärkung zur Rechtfertigung linker Extremisten).

Eine offene Gesellschaft braucht Meinungsfreiheit, den Streit um die besten Problemlösungen. Hier haben die Medien und alle, die dafür verantwortlich sind, eine für die Demokratie lebenswichtige Funktion. Es wird Zeit, daß sie sich mehr Gedanken darüber machen. Ihre Aufgabe, auch der Unterhaltung zu dienen braucht darunter keineswegs zu leiden.

(-/13. Oktober 1994/hgs/ks)